

Deutsche Buchbinderzeitung.

Organ für die gewerblichen Interessen
der
Buchbinder, Cartonnagenarbeiter, Portefeuillier etc.

Die „Deutsche Buchbinderzeitung“ erscheint am 1., 10. und 20. jedes Monats. — Abonnementspreis: 75 Pf. pro Quartal excl. Postgeb. — Inserate werden mit 20 Pf. für die gespaltene Zeile berechnet. — Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an; außerdem die Expedition in Leipzig, Johannisg. 21, Mittelgeb. 1. — Kreuzbandsendungen innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten: 1 Gr. 1.⁰⁵ M., 2 Gr. 1.³⁰ M., 3 Gr. 2.⁵⁵ M., 4 Gr. 3.³⁰ M., 5 Gr. 4.⁰⁵ M., 6 Gr. 4.⁸⁰ M. pro Quartal, 7 und mehr Exemplare à 75 Pf. pr. Quartal.

Nr. 5. 1884.

Leipzig, den 10. Februar.

5. Jahrgang.

Zur Sozialreform.

Eine für manche Leute auffällige Erscheinung bildet die Ausnahme, welche der „Sozialreform“, soweit sie bis jetzt zur Ausführung gekommen, seitens desjenigen Teiles der Gesellschaft geworden, für den sie bestimmt ist. In Regierungsorganen waren die Klagen hierüber eine Zeit lang eine stehende Rubrik. Es mag ja allerdings wenig ermunternd für die Schöpfer der deutschen Sozialreform sein, wenn nicht nur die Arbeiter sich derselben gegenüber passiv verhalten, sondern sogar ein Teil, und das ist gerade der intelligenteste, der klassenbewußte Teil der Arbeiter, sich vor dem ersten unternommenen Schritte, dem Krankenkassengesetz, gleichsam zu schüßen sucht, und zwar durch Eintritt in die von Arbeitern selbstverwalteten freien Hilfsklassen. Verfehlt wäre es aber, von dieser Stellungnahme auf eine Abneigung der Arbeiter gegen eine Sozialreform überhaupt zu schließen, und zwar aus dem Grunde, weil das Krankenkassengesetz sowie das in Vorbereitung begriffene Unfallversicherungsgesetz und die aller Wahrscheinlichkeit nach auf unabsehbare Zeit hinausgeschobene Invaliditätsversicherung für die Sozialreform von ganz untergeordneter Bedeutung sind. Man hat die Sozialreform am verkehrten Ende angefaßt. Die Aufgabe der Sozialreform muß unter allen Umständen die sein, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und diese wird durch Kranken- u. s. w. -Versicherung durchaus unberührt gelassen. Anstatt den Arbeitern in ihrer Aktivität Schutz zu gewähren, hat man damit begonnen, dieselben erst dann in etwas zu schützen, wenn sie arbeitsunfähig oder zu Krüppeln geworden sind. Wie gesagt, wir können solche Bestrebungen höchstens für eine schließlich notwendige Ergänzung zu der Sozialreform betrachten, auf die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung sind sie ohne Einfluß.

Sorge man den Arbeitern für gute und hinreichende Nahrung und Kleidung, für gesunde Arbeits- und Wohnräume und für die zur Erhaltung der Gesundheit notwendige freie Zeit und Ruhe und man wird dann zugleich die beste präventive Krankenversicherung geschaffen haben.

Schöne Gedanken! wird mancher sagen, und doch sind dies alles innerhalb der heutigen Gesellschaft recht gut realisierbare Forderungen, den guten Willen der gesetzgebenden Faktoren natürlich vorausgesetzt. Der erste rechte Schritt auf dem Wege zur Sozialreform muß immer sein der Normalarbeitstag, oder wenn man will der Maximalarbeitstag. Alles was sich ohne diesen Sozial-

reform nennt, läßt eines der Grundübel unserer Gesellschaft fortbestehen. In weiterer Folge hat eine Einschränkung der Beschäftigung von Frauen, das Verbot der Kinderarbeit, eine Ausdehnung des Fabrikinspektorats, sowie eine genügende sanitäre Kontrolle der Arbeits- und Wohnräume zu erfolgen. Das sind die unerläßlichen Bedingungen der Sozialreform.

Gegen den Normalarbeitstag hört man häufig von Seiten der Arbeitgeber den Einwand, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung des Arbeitslohnes zur Folge haben müsse. Dem ist nicht so, im Gegenteil. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde die Heranziehung von gegenwärtig beschäftigungslosen Arbeitern in den Produktionsprozeß, also eine Verminderung des Arbeitskraftangebotes zur Folge haben, und somit der Arbeitslohn voraussichtlich wohl steigen, keineswegs aber fallen. Der Normalarbeitstag würde also auch die f. g. Vagabundenfrage, d. i. Arbeitslosenfrage, ihrer Lösung entgegenführen.

Von ebensolcher Bedeutung für die Höhe des Arbeitslohnes ist die Beschränkung der Frauenarbeit und das Verbot der Kinderarbeit in Fabriken. Der Familienvater, dem es bei den heutigen erbärmlichen Löhnen nicht möglich ist, seine Familie bedürfnisgemäß zu ernähren, sieht sich gezwungen, Frau und Kinder in die Fabrik zu schicken, ohne zu beachten, daß es seine eigenen Familienangehörigen sind, die ihm Konkurrenz im Arbeitspreise machen. Der Fabrikant natürlich läßt sich die billigere Arbeitskraft wohl gefallen, und es sind die Fälle nicht mehr selten, wo der arbeitslose Mann zu Hause die kleinen Kinder wartet, während die Frau den Tag und wohl auch noch Nachtstunden in der Fabrik zubringt. Dem Gesetze liegt es ob, Frau und Kinder dahin zu schicken, wohin sie gehören: die Frau ins Haus, die Kinder auf den Spielplatz und in die Schule. Dem Manne würde es nicht schwer fallen, den Ausfall an dem Verdienste, den jetzt Frau und Kinder erschwingen müssen, durch seine Arbeit zu ersetzen.

Wir sprachen weiter vom Fabrikinspektorat und von sanitärer Kontrolle der Wohnungen. Beide Institute bestehen bereits, aber leider in viel zu beschränkter Weise. Der Wirkungskreis der betr. Aufsichtsbeamten muß erweitert werden. Der Thätigkeit des Fabrikinspektors steht heute noch so mancherlei im Wege. In vielen Beziehungen ist er ohnmächtig. Ein Hauptmangel der bezüglichen Gesetzgebung ist der Umstand, daß sich seine Kompetenz nur erst auf den Großbetrieb erstreckt.

Der jugendliche Handwerker kann nach allen Regeln der Kunst überbürdet werden. Man scheint immer noch nicht einsehen zu wollen, daß der jugendliche Handwerker ebenfalls ein jugendlicher Arbeiter ist. Fast noch mehr als dies, läßt die sanitäre Kontrolle der Arbeiterwohnungen zu wünschen übrig. Wahre Pesthöhlen dienen den ärmern Volksschichten in den Arbeitervierteln großer Städte als Wohnungen. Grauerregende Schilderungen kann man über dieses Kapitel in den Tagesblättern finden.

An allen diesen Punkten ist der Hebel der Sozialreform anzusetzen, soll dieselbe von durchgreifender Wirkung sein und den gewünschten Anklang bei den Arbeitern finden.

Fünf Jahre sind vergangen, seit nicht nur die Notwendigkeit „positiver Maßnahmen“ zur Besserstellung der vom Schicksal weniger Begünstigten anerkannt, sondern auch solche bestimmt verprochen wurden. Und was ist geschehen?

Welches sind die Argumente, die gegen eine Reform in dem angedeuteten Sinne geltend gemacht werden? Es ist hauptsächlich ein Moment: das der internationalen Konkurrenz, das einzige, welches Beachtung verdient. Es ist klar, daß die Aufbesserung der Arbeiterverhältnisse durch Einführung des Normalarbeitstages, Einschränkung der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit eine Vertenerung der Arbeitsmittel für den Fabrikanten bedingt, also seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte beeinträchtigt. Hiergegen giebt es nur ein Mittel: die internationale Fabrikgesetzgebung.

Im September v. J. tagten in der Schweiz die Delegierten von 260 schweizerischen Arbeitervereinen, um über die Lage der Arbeiter und über diejenigen Maßregeln zu beraten, welche erforderlich sind, um den Uebelständen, unter welchen die Arbeiter zu leiden haben, abzuhelfen. Einstimmig waren die Delegierten der Ansicht, daß unter der Herrschaft des bestehenden Produktionssystems und des internationalen Konkurrenzkampfes eine wirksame internationale Fabrikgesetzgebung zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen gegen die wirtschaftlich Starken eine unbedingte Notwendigkeit sei. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Der schweizerische Arbeitertag erjudet den Bundesrat, die Unterhandlungen mit den hauptsächlichsten Industriestaaten zum Zwecke der Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung weiter fortzuführen und jenen Staaten bestimmte Vorschläge in dieser Sache vorzulegen.“

Selbstverständlich kann es sich bei einer internationalen Fabrikgesetzgebung nicht um bis ins kleinste Detail erstreckende Vorschriften für alle Länder handeln, als vielmehr um gewisse generelle Bestimmungen durchgreifender Natur. Als solche würden z. B. ins Auge zu fassen sein: a. ein Maximalarbeitstag, b. Verbot der Kinderarbeit, c. Beschränkung der Frauenarbeit, d. Verbot gewisser gesundheitschädlicher Betriebe und Fabrikationsarten. Diese Vorschriften, international durchgeführt, werden nicht verfehlen, die moralische und physische Kraft der Arbeiterklasse bedeutend zu erhöhen, sie würden sie in dem Stand setzen, auch eine bessere Bezahlung zu erzielen; sie sind durchführbar, ohne den Bestand der gegenwärtigen Gesellschaft in Frage zu stellen.

Bereits vor mehreren Jahren wurde die internationale Arbeitsgesetzgebung von der Schweiz in Anregung gebracht. Deutschland verhielt sich damals ablehnend und die übrigen Staaten folgten diesem Beispiel. An den Arbeitern ist es aber, diese Frage nicht fallen zu lassen, sie vielmehr eifrigst zu diskutieren und als absolute Forderung aufzustellen, damit die Regierungen nicht die Ausflucht gebrauchen können: „unsere eigenen Arbeiter wollen nichts davon wissen.“ Die längere Verweigerung dieser Sozialreform ist in Wahrheit nichts anderes als das Eingeständnis, daß man den arbeitenden Klassen überhaupt nicht helfen will. Der Staat selbst hat das größte Interesse daran, dem Ruin der Arbeiterbevölkerung einen Damm zu ziehen. Möge die Einsicht immer weiter zum Durchbruch gelangen, daß der Verfall derselben, als der Basis des Staates, den Verfall des Staates selbst notwendig nach sich ziehen muß.

(„Reform.“)

Zur Organfrage.

Der seit längerer Zeit in erfreulichem Aufschwung begriffenen Bewegung unserer Kollegen zur Verbesserung ihrer Lage und zur Unterstützung der reisenden Kollegen droht jetzt eine ernste Gefahr, eine Gefahr, die nicht von irgend welchem Gegner ausgeht, sondern aus der Mitte der Kollegenschaft selbst, und zwar von einer Seite, von der anzunehmen, daß es ehrlich gemeint ist; wobei jedoch infolge falschen Ehrgeizes oder allzu großer Vertrauensseligkeit das Interesse der gesamten Kollegenschaft in Frage gestellt wird. Es betrifft dies die Organfrage.

Da diese Angelegenheit schon vielfach in den Versammlungen der Kollegenschaft verschiedener Städte besprochen worden ist, auch in diesem Blatte bereits Erwähnung gefunden hat, so glaubte der Gesamtvorstand des Leipziger Unterstützungsvereins berechtigt zu sein, einen Artikel über die Frage zu veröffentlichen und beauftragte mit der Ausführung den Unterzeichneten. Derselbe hat die Ansicht des Leipziger Vorstandes schon vor Kurzem dem Ausschuss in Stuttgart brieflich mitgeteilt und kann hier nur im wesentlichen wiederholen, was er in jenem Schreiben dargelegt hat.

Den Anstoß zu der Bewegung gab ein im Oktober vorigen Jahres verbreitetes Flugblatt des Stuttgarter Ausschusses des Kartellverbandes, worin die Kollegen aufgefordert wurden, sich zu organisieren, sich zu Fachvereinen z. zusammenzutun und worin zum Schluß die Wichtigkeit eines Organs bestritten ward. Das bis jetzt bestehende Hilfsorgan, die „Deutsche Buchbinderzeitung“, so heißt es darin, genüge den Anforderungen durchaus nicht, und ließen die Stutt-

garter Kollegen durchblicken, daß, wenn die bestehende Zeitung nicht reorganisiert würde, sie selbst ein neues Organ gründen würden.

Der Vorstand des Leipziger Unterstützungsvereins war sich sofort der Gefahr eines Konkurrenzblattes bewußt, und teilte seine Besürchtungen dem Stuttgarter Ausschuss mit, aber ohne Erfolg; denn bald darauf erhielt der Leipziger sowie die Vorstände anderer Unterstützungsvereine ein längeres Zirkular, in dem die Stuttgarter mit dem fertigen Programm einer neu zu gründenden Zeitung hervortraten, der weiter nichts fehlt als — Abonnenten.

Der Leipziger Vorstand unternahm es nochmals, den Stuttgarter Ausschuss auf das Bedenkliche eines solchen Schrittes aufmerksam zu machen und kam diese Angelegenheit in der am 28. Jan. abgehaltenen Generalversammlung des Leipziger Arbeitsnachweises z. endlich öffentlich vor die gesamte Kollegenschaft. Kein einziger von den vielen Rednern konnte sich in der langen Debatte für ein neues Organ erwärmen. Nicht etwa, als ob man sich mit dem bestehenden allenthalben zufrieden erklärt hätte; aber man war, und das gewiß mit Recht, der Meinung, daß ein neues Organ auch nicht mehr bieten könne, wenn es von der Kollegenschaft nicht genügend unterstützt wird. Die Debatte wurde noch erregter, als ein an demselben Tage eingetroffener Brief vom Berliner Unterstützungsverein verlesen wurde, in welchem derselbe kategorisch das Organ nach Berlin verlegt wissen will; nach Berlin — wie es sehr selbstbewußt in dem Briefe heißt — der Stadt der eigentlichen Buchbinderbewegung und der größten Mitgliederzahl. Auch die Berliner Kollegen rufen uns, gleich den Stuttgartern, ein „Einig, einig“ zu, ohne zu bedenken, daß sie es sind, die die kaum gewonnene Einigung in Gefahr bringen. Das Resultat der Debatte in der Leipziger Versammlung war die einstimmige Annahme einer Resolution, die in diesem Blatte an anderer Stelle abgedruckt ist.

Die Gründe, welche die Leipziger Kollegen gegen ein neues Organ vorbrachten, waren die nämlichen, wie sie auch in andern Städten und in andern Versammlungen geltend gemacht worden sind. Darüber sind wir mit allen Kollegen einig, daß unsere Zeitung nicht das bietet, was sie bieten soll. Aber das liegt doch nur an dem Indifferentismus der Kollegen selbst! Würde die D. V.-Z. von auswärts durch Beiträge genügend unterstützt, so könnte sie auch mehr leisten, und durch die Mehrleistung würde sie neue Abonnenten erhalten, die ihrerseits wieder indirekt dazu beitragen würden, die Zeitung zu fördern. So aber ist zur Zeit das Interesse der auswärtigen Kollegen für ihr Organ ein derart geringes, daß mit Bedauern zugestanden werden muß, daß beinahe die Hälfte der Auflage in Leipzig abonniert wird, während mit der andern Hälfte sich ganz Deutschland begnügt. Dieses ungesunde Verhältnis, diese geringe Beteiligung von auswärts kann nicht vorteilhaft für den Inhalt eines Fachblattes sein; es ist dies auch der natürliche Grund für die lokale Färbung des Blattes, der andererseits wieder dazu beitragen mag, daß gerade die Leipziger Kollegen sich auf die bestehende Zeitung kaprizieren.

Man ruft uns zu: Wenn die Buchbinderzeitung unsere Interessen nicht energischer vertreten kann oder mag, so gebt uns doch das Blatt oder laßt uns eins gründen. Als besonderer Lockspeise bedient man sich dabei des Hinweises, daß der Uberschuß nicht einem ein-

zelnen Unternehmer, sondern der Allgemeinheit zu gute kommen würde.

Kollegen! Es ist nicht schwer, eine neue Zeitung zu gründen; auch nicht, eine schon bestehende zu schädigen oder gar zu ruinieren; aber es ist sehr schwer, eine Zeitung dahin zu bringen, daß sie einigermaßen prosperiert. Wohl kein einziger der Kollegen, von denen die gegenwärtige Agitation ausgeht, weiß, mit welchen Schwierigkeiten eine neu gegründete Zeitung zu kämpfen hat, bevor sie nur halbwegs etwas festen Fuß gefaßt hat. Und das hat die „D. V.-Z.“, und mit einem Male soll sie das Feld räumen, nachdem sie 4 Jahre lang für die Sache der Kollegenschaft nach Kräften gewirkt hat. Nach Kräften, d. h. der Leipziger Kollegen; denn von auswärts wurde ihr, mit wenig rühmlichen Ausnahmen, keine Unterstützung zu teil. Und was hätte die Zeitung hindern sollen, auch aus andern Orten Mißstände z. vor die Öffentlichkeit zu bringen, wenn ihr dieselben nur wahrheitsgetreu berichtet worden wären, ebenso, wie sie es für Leipzig gethan hat und weiter thun wird? Ist es deshalb nötig, ein neues Organ zu schaffen, das nur dazu dienen wird, die kaum gewonnene Einigung zu zerstören oder wenigstens aufzuhalten?

Der Zeitung ist weiter der Vorwurf gemacht worden, daß „sie suche nach keiner Seite anzustoßen“ und sich den Prinzipalen gegenüber „glatt durchzuwinden“. Angenommen, dies beruhe auf Wahrheit, wäre das ein sonderlicher Fehler? Daß dem aber nicht so ist, hat z. B. der sogenannte „Leipziger Konflikt“ bewiesen; und würde weiter bewiesen worden sein, wenn ihr von anderwärts Berichte über Mißstände innerhalb unseres Berufes in reicherm Maße zugegangen wären, als es geschehen. Für Leipzig hat die Buchbinderzeitung Bedeutung gewonnen, was am besten unsere Gegner wissen. Daß dabei wenig oder gar nicht von Politik im eigentlichen Sinne die Rede gewesen, ist aus den verschiedensten Gründen erklärlich. War auch gar nicht nötig. Für die Politik sind andere Zeitungen da. Ein Fachblatt soll und darf sich nicht weiter um Politik kümmern, als diese direkten Bezug hat auf die gewerblichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter. Und dies ist seitens der Buchbinderzeitung in ausreichendem Maße geschehen. Wenn die Stuttgarter deshalb sich berufen glauben, eine Zeitung herauszugeben, so ist das ein Irrtum, der schlimme Folgen haben könnte.

Weiter darauf einzugehen, ist hier nicht der Ort. Für den Verständigen ist es genug.

Was nun Berlin betrifft, so kann diese Stadt bei Uebernahme oder Neugründung eines Organs noch weniger als Stuttgart in betracht kommen. Der Berliner Verein entbehrt noch vollständig einer soliden Grundlage, die erst geschaffen werden muß, was nur durch rüstiges, unentwegtes Wirken geschehen kann. Und dazu gehört Zeit. Zwar pochen die dortigen Kollegen auf ihre 600 Mitglieder; aber das ist eine alte Geschichte. Nach einem gelungenen Anfang ist die Begeisterung stets groß. Besteht der Verein erst einige Jahre und hat er solche Anfeindungen durchgemacht, wie der Leipziger, dann werden wir ja sehen, ob er noch dreiviertel der am Platze befindlichen Kollegen als Mitglieder aufzuweisen hat, wie es in Leipzig der Fall ist. Damit soll kein Mißtrauen gegen Berlin ausgesprochen sein, wie man uns vorgeworfen hat; auch stehen wir den Berliner Kollegen nicht „unsympathisch“ gegenüber.

Aber wir glauben bezweifeln zu dürfen, daß die Bewegung unter den Berliner Kollegen über

jeden Zweifel erhaben ist; wenigstens was deren Nachhaltigkeit anlangt. Wir wünschen recht sehr, daß wir uns im Irrtum befinden. Jedoch darf sich Schreiber dieses ein Urteil wohl erlauben, da er die Verhältnisse durch mehrjährige Kondition in Berlin genau kennt.

Von Stuttgart wie von Berlin wird geschrieben, daß der Ueberschuß, den die zu gründende Zeitung abwerfen wird, nicht einem Unternehmer, sondern der gesamten Kollegenschaft zugute kommen würde. Das ist alles recht schön und nicht im geringsten an der Aufrichtigkeit dieser Worte zu zweifeln; doch muß zunächst ein Ueberschuß erzielt werden, und das dürfte immerhin sehr, sehr geraume Zeit dauern. Und bis dahin werden wohl die Defizits der Gesamtheit zugute kommen. Wir sind ja in dieser Beziehung nicht von gestern und haben schon einige Erfahrung gemacht. Allerdings wird in einem Artikel des in Stuttgart erscheinenden „Schwäbischen Wochenblattes“ über die Organisationsfrage der Buchbinder ein guter Vorschlag gemacht, um Ueberschuß zu erzielen, doch wird dessen Ausführung dadurch erschwert, daß die Mitglieder mehr Steuern zahlen sollen. Was bekanntlich nicht jedermanns Sache ist; wenigstens dürfte es nicht ganz leicht sein, „tausende“ von Mitgliedern zu gewinnen, die hierzu nötig.

Zum Schluß einige Worte über das Verhältnis der D. B. Z. zur Zentraltraktantkasse. Als behördlich anerkanntes Organ der Kasse ist diese nicht in der Lage, ohne Weiteres ihr Verhältnis zur Zeitung zu lösen; was ihr außerdem noch schwierig gemacht wird durch gegenseitige schriftliche Verpflichtungen des Zentralvorstandes und des Herausgebers. Auch der Zentralvorstand vermag sich nicht von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß ein neues Organ nötig wäre, welche Meinung er auch in einem Zirkular an die Verwaltungsstellen kund geben wird. Mindestens könnte damit bis zur nächsten Generalversammlung der Zentraltraktantkasse gewartet werden, wie auch in einer Hauptversammlung der Ortsverwaltung Hannover ganz richtig betont wurde. Bis dahin wird es Sache der Kollegen sein, die jetzt bestehende Zeitung kräftigst zu unterstützen durch Beiträge sowohl wie durch Abonnement; geschieht das, dann wird es gewiß nicht nötig sein, bei der Generalversammlung die leidige Organfrage wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Ernst Vogel.

Mitteilungen.

* **Nürnberg.** Am Sonntag, den 3. Februar, fand eine von circa 60 Personen besuchte Buchbinder-Versammlung statt, in welcher zur Gründung einer Reiseunterstützungskasse mit unentgeltlichem Arbeitsnachweis geschritten wurde. Die Sache fand auch bei den Herren Arbeitgebern ein freundliches Entgegenkommen und ist bereits eine Anzahl derselben dem Verein beigetreten. Es traten dem Vereine sofort 60 Mitglieder bei. Beschlossen wurde ferner, daß sich der Verein dem Kartellvertrag anschließe. Wir hoffen auf größeren Mitgliederzuwachs, damit wir auch im Stande sind, etwas Ersprißliches zu leisten.

Leipzig. Am 28. Januar fand die erste diesjährige Generalversammlung des Arbeitsnachweises und der Reise-Unterstützungskasse statt. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurden seit letzter Versammlung 146 Gehilfen von Prinzipalen gesucht, 56 erhielten solche, 834 Kollegen haben nach Arbeit gefragt und 364 erhielten die festgesetzte Reiseunterstützung. Außerdem erhielten

2 Mitglieder die Unterstützung für die verstorbene Frau und ein Kind.

Der hierauf verlesene Kassenbericht ergab wiederum ein günstiges Resultat, denn trotz der bedeutenden Mehrausgabe, die dem Verein durch die Einföhrung des Bücher- und Markensystems erwachsen ist, betrug der halbjährige Ueberschuß über 200 M. Bilanz:

Einnahme v. 1. Juli bis 31. Dez. 1883 829 M. 91 Pf.
Ausgabe „ 1. „ „ 31. „ „ 603 „ 4 „

226 M. 87 Pf.

Kassenbestand am 30. Juni 1883 1188 „ 82 „
31. Dezbr. 1883 1415 M. 69 Pf.

Zu Punkt 2 hatte A. Lange einen Antrag eingereicht, nach welchem künftig solchen durchreisenden Kollegen, welche aus Orten kommen, an denen sich eine Unterstützungskasse befindet, ohne daß sie daselbst Mitglied gewesen, nichts mehr bewilligt wird. Der Antrag wurde freudig begrüßt und auch angenommen.

Punkt 3: Wahl des Gesamtvorstandes. Es wurden gewählt: zum Vorsitzenden E. Stieler, zum Kassierer Ph. Zuckmeyer, zum Schriftführer E. Vogel, zu Beisitzern A. Lange, J. Richter, P. Müller, E. Müller, Grasmey und Becker.

Von den sonstigen Beschlüssen ist noch zu erwähnen, daß dem Kassierer 2 Proz. der Einnahme bewilligt wurden.

Die meiste Zeit der Versammlung nahm die Debatte über die Organfrage in Anspruch. Das Flugblatt und dann besonders das Zirkular aus Stuttgart haben die Gemüther hier sehr erregt und wurde allseitig befürchtet, daß dadurch leicht eine Spaltung eintreten könne. Noch mehr war dies der Fall, als ein Brief aus Berlin verlesen wurde, in dem die dortigen Kollegen die Zeitung nach Berlin verlegt wissen wollen, oder „sie würden auch noch eine Zeitung gründen“. Eine Beleuchtung dieser ungesunden Zustände soll der Zweck eines besondern Artikels sein. Hier sei nur noch erwähnt, daß eine diesbezügliche Resolution von Krause einging, die gegen 1 Stimme angenommen wurde. Es wurde beschloffen, dieselbe in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen, was hiermit geschieht:

„Resolution. Die heute, den 28. Januar 1884, in Sempels Restaurant tagende Generalversammlung des Arbeitsnachweises und der Reiseunterstützungskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige zu Leipzig erklärt sich entschieden gegen die Herausgabe einer Buchbinderzeitung in Stuttgart oder Berlin; erwartet vielmehr, daß die Kollegenschaft allerorts für die bereits seit 4 Jahren in Leipzig erscheinende „Deutsche Buchbinderzeitung“ eintritt, dieselbe durch Einsendung geeigneter Beiträge, sowie auch durch Abonnement unterstützt und dieselbe dazu macht, was sie sein will und sein soll.“

Begründung: Die „Deutsche Buchbinderzeitung“ ist seit ihrem Bestehen bemüht gewesen, bestehende Mängel und Schäden innerhals unsres Gewerbes blozulegen, wie ihr andererseits ein nicht geringer Anteil gebührt an der Begründung verschiedener Unterstützungskassen. — Den Leipziger Kollegen speziell sind die guten Dienste noch im Gedächtnis, welche die „Deutsche Buchbinderzeitung“ ihnen vor 2 Jahren geleistet hat, als es sich darum handelte, die Gehilfenschaft mit den Segnungen veralteter Innungsseinrichtungen zu beglücken.

E. V.

Zürich. (Generalversammlung des Vereins der Buchbinder und Jaggenoffen.) 1. Thätigkeitsbericht des Vorstandes: Das 2. Quartal seit dem Bestehen unseres Vereins ist beendet und

können wir, was unsere Thätigkeit anbetrifft, mit voller Zufriedenheit auf dieselbe zurückblicken. Wenn wir auch betreffs der Mitgliederzahl bis jetzt noch nicht den gewünschten Erfolg erzielt haben, so ist das weniger dem Verein und seinen Bestrebungen, als dem in den letzten Monaten sehr flauen Geschäftsgange zuzuschreiben. Beim Schluß des 1. Quartals war der Mitgliederstand 23, heute 26. Die letztere Zahl hatte sich aber schon bei Anfang dieses Quartals infolge des eingetretenen allgemeinen ruhigen Geschäftsganges bis auf 16 reduziert. — Im Laufe dieses Quartals haben 7 obligatorische Versammlungen stattgefunden, die meistens von sämtlichen Mitgliedern besucht waren. Einen weniger guten Erfolg aber weisen die nicht obligatorischen Vereinsabende auf, die den Zweck haben, neben unsern ersten Bestrebungen auch die Kollegialität zu pflegen. — Dem im 1. Quartal vom Kollegen Hartung gehaltenen Vortrag über den Halbfranzband in deutscher, französischer und englischer Manier, folgte im November letzten Jahres ein Vortrag über Hand- und Preßvergoldung von unserm Mitgliede Henzel, welcher gleich dem ersten Vortrag mit vielem Beifall entgegengenommen wurde, und der auf allgemeinen Wunsch in der „Deutschen Buchbinderzeitung“ veröffentlicht worden ist, wodurch jedem Kollegen Gelegenheit gegeben worden ist, in den Besitz dieses sehr nützlichen Aufsatzes zu gelangen.

Was den Kassenstand betrifft, so weist derselbe beim diesmaligen Abschluß ein etwas besseres Resultat auf, obwohl noch immer im Soll ein kleiner Posten auszugleichen ist, der von den in 150 Exemplaren angeschafften Statuten herrührt. Die dem Verein der Buchbinder Zürichs gehörige Bibliothek — ein Erbstück unseres früh verstorbenen Kollegen Stäger — welche vor einigen Jahren, als sich der Züricher Verein auflöste, nach Bern zur Aufbewahrung kam, ist im Laufe des Monats Dezember wieder an ihren Bestimmungsort zurückgegeben worden. Der Katalog umfaßt 99 Nummern, teils fachlicher, meistens aber wissenschaftlicher Werke, die wir den Mitgliedern zur Benutzung empfehlen.

Auf Anregung einiger Mitglieder wurde im Laufe des verfloffenen Quartals der Antrag gestellt, daß der Vorstand eine kleine Abendunterhaltung veranstalten möge. Dieser Wunsch fand einstimmigen Beifall, das gewählte Komitee hatte das Möglichste aufgeboten, und so kann auch das am 19. Januar abgehaltene Tanzkränzchen als ein vollständig gelungenes bezeichnet werden, das dem Verein zur Ehre gereichen wird. Ein besonderer diesbezüglicher Bericht wird vom Komitee eingereicht werden.

Zürich, 26. Jan. 1884. Der Vorstand.

Rundschau.

— Die „Oester. Buchdr.-Ztg.“ bringt die Petition des Gremiums an die beiden Häuser des Reichsrates bezüglich der Konkurrenz der Staatsdrucker gegen Private, und ersucht um die Beschränkung der Staatsanstalt, „damit die bisher in Privatdruckereien hergestellten staatlichen Druckarbeiten auch fernerhin der freien Konkurrenz überlassen bleiben und daß eine neuerliche Vergrößerung der k. k. Hof- und Staatsdruckerei verhindert werde.“ Wir können uns nicht versagen, das redaktionelle Vorwort dieses Altenstückes unseren Lesern mitzuteilen, weil es Zeugnis ablegt von dem innerhalb der österreichischen Prinzipalität

herrschenden Geiste. Es heißt dort: „Bekanntlich sieht die Lösung der sozialen Frage schon seit Jahren auf der Tagesordnung der Regierungen beinahe sämtlicher europäischer Staaten. Dieselben beschäftigen sich aber auffallenderweise zumeist nur mit dem Schicksale der Arbeitnehmer und widmen demselben zur Beachtung der gährenden Massen alle mögliche Fürsorge. Wir wollen auf keine nähere Kritik der in Vorschlag und in Vollzug gebrachten Maßregeln eingehen. Der „Tropfen sozialen Uebers“, mit welchem nach Bismarck die deutsche Staatsmaschine geschmiert werden soll, wird die Parteien ebensowenig befriedigen, wie unsere neue Gendarmenordnung; darüber liegen die Beweise bereits vor.“ — „Wäre es nicht an der Zeit, anstatt mit den Arbeitenden die inhaltlose Komödie der Versöhnung und Beschwichtigung aufzuführen, lieber die Arbeit selbst zu regenerieren und zu konsolidieren. Die Lösung der sozialen Frage dürfte eine weit weniger schwierige sein, wenn nicht bloß dem Arbeitnehmer, sondern auch dem Arbeitgeber das tägliche Brot nicht immer verkümmert, sondern auch von staatswegen bewilligt und erleichtert wird. Leider haben wir auf der ganzen Linie der industriellen und gewerblichen Beschäftigungen einen volkswirtschaftlichen Niedergang zu verzeichnen, der durch den Staats-Sozialismus höchstens noch verschlimmert, schwerlich aber gebessert werden wird.“

Die Sozialreform eine „inhaltlose Komödie“ — die Verkümmern des täglichen Brodes der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschieht durch den Staat — auch nicht schlecht.

Die nun abgeschlossenen englischen Zensus-Berichte bieten u. a. folgendes nicht uninteressante Bild. Die industrielle Bevölkerung bezieht sich auf 6373367 Personen oder 25 Prozent der Gesamtbevölkerung. Als Redakteure, Journalisten und Schriftsteller sind 3434, in sonstiger litterarischer Weise 2283 Personen thätig. Stenographen und Reporter gibt es 2677. Vom Papier als Rohmaterial leben 18629 Personen, welche wieder die nötigen Materialien von 3291 Lumpensammlern und -händlern erhalten — Stahlsebern werden von 2723 Personen, meist Frauen, Bleistifte von 232 Personen, Kouverts von 2108 Personen (Frauen) verfertigt und von 18241 Stationern vertrieben. Die Druckgewerbe zählen 61200 Personen, davon sind 5681 Lithographen, 2265 Stahl- und Kupferdrucker, 625 Landkartenarbeiter. Die Druckschrift wird von 1169 Schriftschneidern und Gießern geliefert, daß Gedruckte von 20097 Buchbindern bearbeitet und von 9910 Buchhändlern vertrieben. Zeitungsagenten u. gibt es 5515 und Musikalien-drucker und -händler 1440. Das gesamte mit der Litteratur direkt oder indirekt in Beziehung stehende Personal bezieht sich hiernach auf 159094 Personen, dabei ist aber die unvermeidliche Tinte noch nicht in Anschlag gebracht. London zählt unter seiner Bevölkerung von 4000000 ca. 60000 Personen, welche den genannten Berufskategorien angehören und zwar sind im speziellen die Zahlen für die männlichen und weiblichen Beschäftigten folgende: Druckgewerbe 25595 und 631, Lithographen 2353 und 26, Schriftgießer 841 und 6, Buchbinder 5639 und 7293, Kupferdrucker 288 und 8, Buchhändler 3159 und 254, Musikalien-drucker und -händler 600 und 73, Landkarten-koloristen und -händler 339 und 129, Zeitungs-agenten 1462 und 311, Stationer 5119 und 2001, Papierfabrikation 880 und 542, Kouvertfabrikation 135 und 1552, Redakteure und Journalisten

1485 und 237, Reporter und Stenographen 1005 und 10.

— Gegenwärtig feiern in Nord- und Nordost-Lancashire 19000 Weber. Die Fabrikanten fordern das Eingehen der Arbeiter auf eine Lohnherabsetzung von 5 Proz. und drohen mit Aussperrung, falls nicht binnen 14 Tagen das Einverständnis mit dieser Reduktion ausgesprochen wird.

— Eine Brooklyn'sche Firma hat eine neue Paginiermaschine in den Handel gebracht, die gleichzeitig zwei Seiten oder Blätter paginiert. Leistungsfähigkeit bei einem Arbeiter 80—90000 Nummern pro Tag.

**Kartellverband.
Zahlstellen.**

- Altenburg.** Herr B. E. Buchwald, Kottoritzerstraße 24. Von 8—8 Uhr. Mitgl. 30 Pf.
- Bremen.** Heidemanns Rest., Grafenstr. 30. Von 1—2 u. 8—9. Mitgl. 1,20 Mk., Nichtmitgl. 60 Pf.
- Dresden.** Buchbindermstr. Fischer, Wildstrufferstraße 47, III. Zu jeder Tageszeit. Mitgl. 1 Mk., Nichtmitgl. 75 Pf.
- Frankfurt a. M.** Buchbinderei J. D. Vott, N. Weißaberggasse 14. Zu jeder Tageszeit. Mitgl. 1 Mk., Nichtmitgl. 50 Pf.
- Graz.** Herr Josef Kofsch, Leonhardstr. 3, III. Von 12—1 Uhr. Mitgl. nach Kassenbestand.
- Hamburg.** Zahlungsscheinempfang bei Hrn. Buchbindermstr. Carius, Bilsenstr. 10, I. Von 12—2 Uhr. Zahlstelle bei Herren Buchbinder Schuber & Lütens, Hohe Bleichen 5. Von 8—7 Uhr. Mitgl. 80, Nichtmitgl. 40 Pf.
- Hannover.** Niemanns Gastwirtsch., Köpplerstraße 11. Von 12—2 Uhr und von 7 Uhr abends ab. Mitgl. 1,25 Mk., Nichtmitgl. 30 Pf.
- Herisau (Schweiz).** Herr Knöpfel bei Hrn. Schaufelberger, Oberdorf. Zu jeder Tageszeit. Mitgl. 50 Centimes.
- Jena.** Buchbindermstr. Fr. Müller, am Holzmarkt 553. Zu jeder Tageszeit. Mitgl. 40 Pf., Nichtmitgl. 20 Pf.
- Leipzig.** Stanges Rest., Quersstr. 10. Von 12—1 Uhr und von 7— $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends. Mitgl. 1,25 Mk., Nichtmitgl. 50 Pf.
- Piegnitz.** Deutsches Haus, Mittelstr. 22. Zu jeder Tageszeit. Mitgl. 1 Mk.
- Offenbach a. M.** Buchbinderei von H. Wandt, Glockengasse 39. Von 9—7 Uhr. Mitgl. 75 Pf., Nichtmitgl. 20 Pf.
- Stuttgart.** Grubers Rest., Kanalstr. 7. Von 12— $\frac{1}{2}$ 2 Uhr und von 7— $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends. Mitgl. 1 Mk., Nichtmitgl. 40 Pf.
- Schwerin.** Herr C. Milian, Buchbinderei Müller, Badegasse 9. Zu jeder Tageszeit. Mitgl. 30 Pf.
- Wien.** Herr Josef Sonnenteitner, Högners Buchbinderei, Freckgasse 28. Von 9—12 Uhr und von 1—4 Uhr. Samstag abends von $\frac{1}{2}$ 8—9 Uhr im Vereinslokal, Febringers Gasthaus zum Luftschützen, IV Wienstraße 9. Mitgl. 60 Kr. Stuttgart, Januar 1884.

Der Ausschuss.

Briefe sind zu richten an Paul Vogel, Weissenburgstr. 8, I.

Todesanzeige.

Am 1. Februar starb nach längerem Leiden im Alter von 27 Jahren 5 Monaten unser Mitglied **Herr. Heinz. Hensel** aus Goldsch. Die Ortsverwaltung Leipzig.

Meine in **Jena** gelegene, bisher Herrn **Max Feder** gehörige **Buchbinderei mit Ladengeschäft** ist für den Preis von 4700 Mk. bei mindestens 3000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Vorhanden sind sämtliche Hilfsmaschinen, fast noch neu, sowie ein gut assortiertes Lager und wird das Geschäft für den reinen Lagerwert ohne Anrechnung der Kundschaft verkauft.
W. G. Grosse, Geschäftsbücherfabri., **Jena.**

Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder, Portefeuille-, Cartonagenarbeiter und Linierer zu Leipzig.
(Eingeschriebene Hilfskasse.)

Die diesjährige 1. ordentliche **Generalversammlung** findet **Sonnabend, den 23. Februar, Abends 8 Uhr** im Restaurant **Hempel**, Poststraße (alter Volkmarshof), statt.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die geschäftlichen Angelegenheiten des Gesamtvorstandes.
2. Genehmigung des Jahresberichts.
3. Wahl einer Kommission zu der bevorstehenden Umarbeitung der Statuten, auf Grund des Reichskrankentafelgesetzes vom 15. Jan. 1883.
4. Der Verband der hiesigen Lokalranken- und Unterstützungskassen.
5. Genehmigung einer nachträglichen Remuneration für das Schreiben der Mitgliedsbücher.
6. Etwaige Anträge der Mitglieder, welche bis Mittwoch, den 13. Februar, bei dem Kassierer Herrn **A. Amberg**, Thomaskirchhof 15, II., einzulegen sind.

Nach Schluß der Tagesordnung: Besprechung über die Feier des vierhundertjährigen Bestehens der Buchbinderei zu Leipzig.
Im Auftrage des Vorstandes:
A. Amberg, d. j. Kassierer.

Arbeitsnachweis und Reiseunterstützungskasse für Buchbinder und verw. Berufsgenossen zu Leipzig.

Laut Beschluß der General-Versammlung vom 28. Januar 1884 ist die Unterstützung bis zur nächsten Generalversammlung wie folgt festgesetzt worden:

- 1) 1 Mk. 25 Pf. erhalten abreisende Mitglieder und solche Durchreisende, die dem Kartellverbande angehören und 13 Wochen hintereinander gesteuert haben;
- 2) Nichtmitglieder erhalten 50 Pfennige;
- 3) solche durchreisende Buchbinder, die aus Städten kommen, wo ein derartiger Verein besteht und die Mitgliedschaft nicht nachweisen können erhalten keine Unterstützung;
- 4) beim Tode der Frau erhalten die Mitglieder 10 Mk., beim Tode eines Kindes 5 Mk.

In den zwei letzten Fällen zahlt der Kassierer Herr **Zuckmeyer**, Lorchingstraße Nr. 5, das Geld aus.
E. Stieler, Vorsitzender.

Briefkasten.

M. A., U.: Nächste Nummer.
J. D., B.: Stimmt.
B., Wm.: Sie haben den Betrag jedenfalls unter Adresse: Exp. d. „D. B.-Ztg.“ gesandt, was falsch ist. Geld ist unter Adresse: Herrn **J. Kamm**, Leipzig, zu senden. Senden Sie Marken.

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn **J. Kamm** in Leipzig.